

Wir da oben – die da unten

In Vietnam liegt der Mindestlohn bei 30 bis 40 Euro im Monat - je nach Region und dort vorherrschenden Lebenshaltungskosten. Viele ausländische Firmen zahlen 1 bis 2 Euro mehr, als freundliches Entgegenkommen; wer über zwei Jahre dabei ist, bekommt nochmals 5 Euro obendrauf.

Als ausländischer Experte für Arbeitsrecht will ich wissen, wie man davon leben kann. Reis und Obst kosten auf dem Markt vielleicht halb so viel wie bei uns, und die Unterkunft teilt man sich mit drei Arbeitskollegen, so dass man nicht mehr als 10 Euro im Monat bezahlt. Das Mittagessen wird vom Arbeitgeber für 20 Cent angeboten. Evident kann man auf diese Weise so einigermaßen überleben. Aber was ist, wenn man Kleidung braucht oder der Kühlschrank kaputt ist – bei sommerlichen Temperaturen von 40 Grad ein wichtigeres Problem als in Deutschland. Und wovon leben die Kinder?

Meine Gesprächspartner aus dem Arbeitsministerium und dem Arbeits- und Sozialausschuss des Parlaments haben keine präzise Antwort parat. Irgendwie gehe es schon, meinen sie. Viele würden Überstunden machen, bis zu 600 im Jahr, da werde ein Zuschlag von 50 % bezahlt. „Überstunden“ sind Zeiten, die über 48 Stunden in der Woche hinausgehen. Da es höchstens drei Wochen Urlaub im Jahr gibt, kommt man auf eine Jahresarbeitszeit von rund 2.900 Stunden. Offiziell sind nur 200 Überstunden erlaubt; der Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzbuchs will aber 300 Stunden zulassen. Das komme doch der Realität schon sehr viel näher, meint einer der Beamten. Und ein anderer fügt hinzu, man dürfe ja im Arbeitsrecht nicht nur den Arbeitnehmer, sondern müsse auch den Arbeitgeber schützen.

In den letzten Jahren gab es in Vietnam eine wachsende Zahl von spontanen Streiks. In 2008 allein 700; durchschnittliche Beteiligung: 1.700 Beschäftigte. Die Gewerkschaft hatte damit nichts zu tun. Nach dem Gesetz hat sie zwar ein Streikrecht, aber dieses steht nur ihrer betrieblichen Basisorganisation zu. Deren Vorsitzender ist typischerweise zugleich stellvertretender Direktor oder Personalleiter; nicht gerade wahrscheinlich, dass er seine Manager-Kollegen mit einer Forderung nach einer Lohnerhöhung von 20 oder 40 % konfrontiert. Also greifen die Beschäftigten zur Selbsthilfe und ernten dafür Sympathie im ganzen Land.

Und was tun das Arbeitsministerium, die Gewerkschaft und das Parlament? Ja, es müsse sich was ändern, das sei klar. Bei den ausländischen Unternehmen gebe es zu viele Fälle, wo keine Gewerkschaft existiere; gerade da werde gestreikt. Also mehr Gewerkschaftsgruppen, dann werde alles friedlicher und harmonischer. Oder vielleicht gar ein Flächentarif? Andere reden über ein besseres Schlichtungsverfahren.

Die Frage, wie man mit 30 bis 40 Euro lebt, ist immer noch nicht beantwortet, als man die gut klimatisierten Dienstwagen besteigt.

Fundstelle: Der Betriebsrat (dbr) Heft 10/2009 S. 3